Zeitschrift: Puls: Monatsheft der Gruppen IMPULS + Ce Be eF

Herausgeber: IMPULS und Ce Be eF : Club Behinderter und Ihrer FreundInnen

(Schweiz)

Band: 25 (1983)

Heft: 9: Versprechungen zu den Stände- und Nationalratswahlen 1983

Artikel: Puls fragt: Kandidaten verschiedener Parteien antworten

Autor: Suttner, Wolfgang / Bickel, Thomas / Witschi, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-156705

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

postuliert den gezielten einsatz und ein einfaches verfahren bei den gesetzlichen ergänzungsleistungen (AHV/IV/1. säule), damit den individuellen bedürfnissen wirksam und rasch rechnung getragen werden kann;

schlägt eine änderung des bestehenden IV-rentensystems im sinne einer differenzierteren rentenabstufung (postulate Hösli/Gadient) vor. Sollte sich die 10. AHV-revision verzögern, so ist dieses ziel auf dem wege einer vorgezogenen, separaten vorlage anzustreben;

erachtet eine grundlegende verbesserung der information über wesen und funktionieren der AHV/IV und deren ergänzungsleistungen als dringlich;

Die SVP

fordert massnahmen, die den behinderten eine möglichst selbständige lebensführung erlauben und ihnen die eingliederung in die gesellschaft erleichtern. Dazu gehören insbesondere:

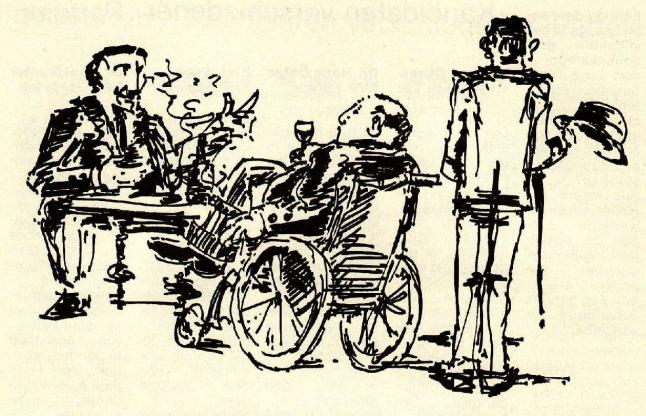
- die verbesserung der arbeitschancen in der verwaltung und in der privatwirtschaft;
- die bereitstellung von entsprechenden ausbildungsmöglichkeiten;
- die vermehrte schaffung von beratungsstellen mit fachkundigem personal;
- die förderung von pflege und betreuung im eigenen haushalt;
- die verhinderung einer isolierung von behinderten kindern und erwachsenen sowie die integration von lern- und k\u00f6rperbehinderten sch\u00fclern in den normalen klassenverband so weit als m\u00f6glich;
- förderung der freizeit- und der sportanlagen für behinderte;
- die errichtung von behinderten-grossfamilien, welche auch erwachsene mehrfachbehinderte aufnehmen, die keiner arbeit nachgehen können und ihre eltern und betreuer durch tod oder krankheit verloren haben.

Puls fragt Puls fragt Puls fragt

Die sichtung der partei-programme brachte nicht viel: ein ziemlich rosarotes bild, von dem was die meisten parteien der Schweiz als 'relativ gut funktionierendes sozialwesen' ansehen. Und im aufstellen von sozialforderungen möchte sich natürlich keine politische partei lumpen lassen; denn wer möchte schon als 'nicht sozial' beschimpft werden oder wer kann es sich – vor allem vor den wahlen – leisten, irgendeine randgruppe aus dem spiel zu lassen. Man verspricht also so ziemlich allen alles, denn jede stimme zählt.

Wir wollten aber ein wenig genauer wissen, warum z.b. die IV-revision so lange auf sich warten lässt, oder weshalb die renten in vielen fällen immer noch nicht existenzsichernd sind.

Wir schrieben deshalb an nationalrats- und ständeratskandidaten der verschiedenen parteien einen brief, in dem wir ihnen folgende fünf fragen stellten:



Existenzgesicherter Behinderter beim Anlageberater (zu Frage 1)

Puls fragt Puls fragt Puls fragt

1. Frage:

Es ist tatsache, dass IV-renten nicht existenzsichernd sind, wie das in der verfassung vorgeschrieben ist. Welche wege sehen sie (ihre partei), um dieses verfassungsziel möglichst rasch zu erreichen? a) durch lineare erhöhung der renten wie bisher? b) durch die er-

höhung der renten von ganz bestimmten sonenkategorien (z.b. geburtsbehinderte)? c) durch ausbau der fürsorgeähnlichen ergänzungsleistungen? Ausserdem: Halten sie einen weiteren ausbau der sozialleistungen – gegenüber den anderen ausgaben des bundes -überhaupt für vertretbar?

Kandidaten verschiedener Parteien

Herbert Dirren CVP Agarn VS:

Die heutigen Es trifft tatsächeinfachen renten sind kaum existenzfähig. Diesen verfassungsmässigen len grundsatz müssen wir erfüllen. Der weg ist ungewiss und eine die oder mehrere lösungen hier aufzuzeigen, würde den rahmen sprengen. Eine anhebung der grundrente ist jedoch unum-Der gänglich. berechnungsmodus muss überprüft und abstufung der schon wirtnach ser... schaftlicher leistungsfähigkeit ein besonderes augenmerk geschenkt 1/3. werden. Der ausbau und die korrektur durch man fürsorgeähnliche ergängen: zungsleistungen ist in vielen fällen demütigend und sollte die ausnahme

sein.

Dr. Hans Öster **EVP Zürich:**

lich zu, dass in der bundesverfassung steht: 'Die renten solden existenzbedarf angemessen decken'. Das ist grundlage, von der wir ausgehen müssen. Gegen die lineaerhöhung spricht, dass der unterschied zwischen höchstund niedrigstrenten immer grösser würde. Die variante b) wäre besgeburtsbehinderte bekommen ia heute die mindestrente plus Und da könnte ich mir vorstellen, dass dazukommt zu sa-'Mindestrente plus 1/2'. Zur variante c) muss ich sagen, dass auch wenn manche das nicht gern hören die ergänzungsleistungen besser sind als ihr ruf. Das negativste den EL ist vielleicht, dass sie bei den betroffenoch zu nen wenig bekannt sind. EL sind nach gesetz und

Karl Weber FDP Schwyz:

Die IV-renten sind teilweise nicht existenzsichernd a) keine lineare erhöhung b) ja für burtsbehinderc) ergänzungsleistungen können rasch angepasst werden; anmeldungsformalitäten für EL können vereinfacht wer-Ausserden. dem: Nicht der generelle ausbau der sozialleistungen ist nötig. sondern verfeinerte abstufungen und bedürfnisgerechte leistungen sind notwendig.

Dr. Paul Günter LdU Goldswil:

Die tatsache. dass die IV-renten nicht existenzsichernd sind, wurde von (als ponent des landesrings, aber auch als präsident der elternvereinigung geistig behinderter kinder) verschiedentlich öffentlich angeprangert und war auch thema verschiedener communiqués. Das ziel, diese IV-renten existenzsichernd zu machen besteht sicher darin, dass eine umverteilung von den hohen renten zu den niedrigen vorgenommen wird. Mein idealziel wäre sowiedie existenzsichernde einheitsrente. Bei der höhung der rennur für ganz bestimmte personenkategorien sehe ich grosse probleme auf uns zukommen, indem gerade diejenigen, die an einem seltenen leiden erkranken oder an einem leiden, das aus sonst irgendwelchen

antworten Kandidaten verschiedener Parteie

Karl Diener NA Wald ZH:

Es ist tatsache, dass IV-renten nicht immer existenzsichernd sind. Die lösung sähe ich in einer kombination zwischen b) und c). Wobei die befragung in einem kurzen rahmen gehalten werden sollte. Im weiteren finde ich den ausbau der sozialleistung durchaus als vertretbar. Im oben genannten rahmen ist ein gezielter ausbau sogar wünschenswert. Um missbräuche zu vermeiden, würde ich eine kontrolle der rentner durch vertrauensärzte vorschlagen. Ebenso dringlich ist die revision der sozialabkommen mit ausländischen Eine staaten. kontrolle dortigen der sollte rentner, IV-verdurch trauensärzte vertraglich geregelt werden. Die heutige regelung öffnet tür und tor für schwerste missbräuche.

Armand Forel PdA Nyon:

Meine partei kämpft natürlich für existenzsichernde renten. Aber kurzfristig bin ich für den ausbau der ergänzungsleistungen. Das ist die einzige lösung. Denn bei den invaliden ist die situation sehr verschieden von einem fall zum andern. Es gibt invalide, die doch ungefähr ein drittel arbeiten können, und die 100-%ig bezahlt, und es gibt andere invalide, die nicht absolut nichts tun können. sondern sogar noch hilfe brauchen. dass man nicht einfach eine lösung für alle finden kann. Die existenzsicherung durch renten kann deshalb nur durch eine gründliche reform des IVgesetzes reicht werden.

Dr. Ruth Mascarin POCH/BS:

Ich bin damit einverstanden, die renten für bestimmte Personenkategorien rasch zu erhöhen. Eine generelle rentenerhöhung, eventuell mit stärkerer betonung bei den tieferen renten. halte ich aber ebenso für notwendig, da die renten effektiv nicht existenzsichernd sind. Den geltenden Mechanismus zum Ausgleich der Teuerung halte ich für ungenügend. Der 2-jährige anpassungsrhythmus führt bei jährlichen Teuerung von 6 -7% dazu, dass die rentenbezüger ganz erhebliche kaufkraftverluste akzeptieren müssen. Ich habe deshalb auch eine parlamentarische initiative im nationalrateingereicht, die ver-langt, dass den rentenbezügern jährliche der teuerungsausgleich zukommen soll. Keine rentenerhöhung, jährlicher teuerungsausgleich, dafür ausbau der ergänzungsleistungen: damit bin ich keineswegs einverstanden.

Alfred Neukomm SPS Bern:

soziale

Die

sicherheit ist in der Schweiz noch nicht in allen teilen ausgebaut. Die SP-fraktion hat in der vergangenen legislaturperiode immer wieder neue vorschläge gemacht, um lücken zu beseitigen. Wir halten einen weiteren ausbau der sozialfür leistungen vertretbar, weil ieder mensch anspruch darauf hat, am gesellschaftlichen und kulturellen leben teilnehmen zu können und die sozialen netze auch soziale gerechtigkeit schaffen. In diesem sinn ist nach a) eine lineare erhöhung IV-renten raschmöglichst anzustreben mit besonderer aufstockung der untersten renten, um den abstand zu verkleinern (zwischen minimalhöchstrenten).

Dr. Ulrich Gadient SVP Chur

gezieltes Ein vorgehen nötig. Es geht in erster linie darum, die immer noch vorhandenen härtefälle wirksam zu erfassen und auszugleichen. Zu diesem zweck sollen die ergänzungsleistungen ausgebaut werden. Dabei ist darauf zu achten, dass jeder unnötige formalismus und demütige befragungen unterbleiben. Die praxis in unserem kanton liefert den nachweis, dass dies durchaus möglich ist. Gerade, weil es noch so viele härtefälle gibt, darf auch ein weiterer ausbau der sozialleistungen nicht unterbleiben. Kurzfristig könnten nach meinem dafürhalten die den drei grossen sozialwerken (Pro Senectute, Pro Infirmis, Pro Juventute) gegesetz mäss ELG Art. 10 über die ergänzungsleistungen fliessenden bundesbeiträge erhöht werdamit

Dr. Hans Öster EVP Zürich:

gerichtspraxis - versicherungsleistungen, auf die man anspruch hat, und eben keine. almosen... Dieser rechtsanspruch ist von einer einzigen bedingung abhängig: 'vom nichterreichen einer bestimmten einkommensgrenze' (ab 1984 ist das: 11'400 fr.) Das individuelle eingehen auf die soziale lage des betroffenen zwingt leider zum erheben von gewissen angaben. Dabei kann man nur hoffen, dass diejenigen, die diese angaben verlangen diese befragung nicht schikanös betreiben. Ich weiss keinen besseren weg als die grosszügige verbesserung der ergänzungsleistungen, wenn wir eine lösung wollen, die für empund fänger steuerzahler tragbar ist.

Dr. Paul Günter LdU Goldswil:

gründen noch nicht in die kategorie aufgenommen ist. für lange zeit zu kurz kommen werden. Erfahrungsgemäss ist es dann sehr schwer, neuaufnahmen in diese listen durchzusetzen. Als nahziel müssen sicher die ergänzungsleistungen ausgebaut werden, da dies politisch am einfachsten zu realisieren ist. Damit wäre also die haltung klar: kurzfristig ausbau der ergänzungsleistungen, mittelund langfristig wahrhaft existenzsichernde renten anstreben.

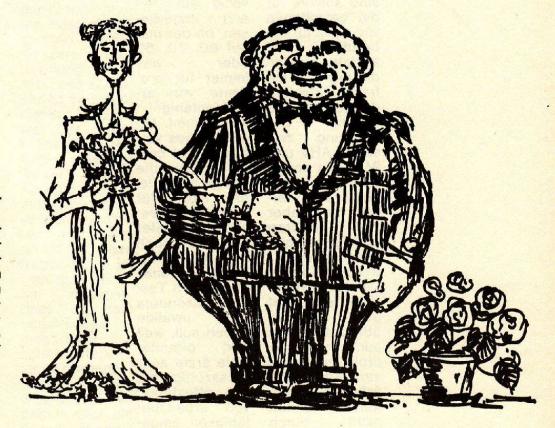
Dr. Ruth Mascarin POCH/BS:

Weil die EL beantragt werden müssen, obwohl ein rechtsanspruch besteht, kommt es dazu, dass viele Rentner lieber darben. Dr. Ulrich Gadient SVP Chur GR:

jene härtefälle, die von der IVund AHV-gesetzgebung nicht abgedeckt werden, ausgeglichen werden können.

2. Frage:

IV-gesetz-revision steht seit langem an. Die forderung nach feiner abgestuften renten wird von den betroffenen ebenso erhoben wie das postulat der trennung von AHV und IV; denn die dringend notwendige revision des IV-gesetzes wird durch die hochpolitische dis-



AHV (links) und IV (rechts) nach Jahren unzertrennlicher Ehe (zu Frage 2)

kussion um die AHV immer wieder blockiert. Werden sie (ihre parteifreunde) sich für eine vorgezogene IV-gesetz-revision einsetzen?

Herbert Dirren CVP Agarn VS:

Die revision des

IVG ist unbedingt notwendig. Ich habe in dieser sache 1981 eine motion eingereicht. Der bundesrat will diese nur als postulat entgegennehmen. Die diskussion im plenum steht noch aus und es bleibt abzuwarten wie das parlament und die verwaltung zu den worten und versprechungen aus dem jahr des behinderten steht. Die abgestuften renten sind sowohl für die betroffenen wie auch für die berufliche und soziale eingliederung in die freie wirtschaft dringend notwendia. Die trennung zwischen AHV und IV ist ein postulat, das wohl überprüft werden muss aber zu gunsten wichtigerer hinausgeschoben werden kann. Die 10. AHV-revision ist in sicht aber bereits überlastet um auch noch IVprobleme zu lösen. Grundsätzliche änderungen können nicht durch kreisschreiben und richtlinien der verwaltung halbbatzig gere-

Dr. Hans Öster EVP Zürich:

Sie wissen ja, dass eine feinere abstufung der IV-renten eine forderung ist, die bereits gegenstand mehrerer lamentarischer vorstösse war: ich habe sie zum teil mitunterzeichnet. Ich bin überzeugt, dass eine feinere abstufung der renten in manchem fall zu mehr gerechtigkeit führen könnte. Aber in der praxis gibt das grosse schwierigkeiten, denn dann ist man völlig auf den arzt angewiesen, ob der nun auf 60, 70, 50 oder was immer für prozente von arbeitsunfähigkeit kommt. Ob ein solches verfahren viel besser ist, als die jetzige praxis, das bleibt für mich eine grosse frage. (Öster verweist noch auf den missbrauch. 'dass der kanton Tessin besonders viele invalide haben soll, weil dort offenbar viele ärzte sehr grosszügig mit der attestation von arbeitsunfähigkeit umgehen'). Die trennung von AHV und IV

Karl Weber FDP Schwyz:

Die revision des IV-gesetzes ist notwendig und vordringlich, sie muss der AHV-revision vorgezogen werden.

Dr. Paul Günter LdU Goldswil:

Die feinere abstufung wird von uns begrüsst und unterstützt. Wirsind der meinung, dass die IV-revision von der AHV-diskussion abgekoppelt werden In diemuss. sem sinne hat auch die LdUfraktion bereits beschlüsse gefasst.

ist mit grosser



Diese Seite stand nicht für die Digitalisierung zur Verfügung

Cette page n'a pas été disponible pour la numérisation

Questa pagina non era a disposizione di digitalizzazione

This page was not available for digitalisation

Homepage: retro.seals.ch E-Mail: retro@seals.ch

Herbert Dirren CVP Agarn/VS:

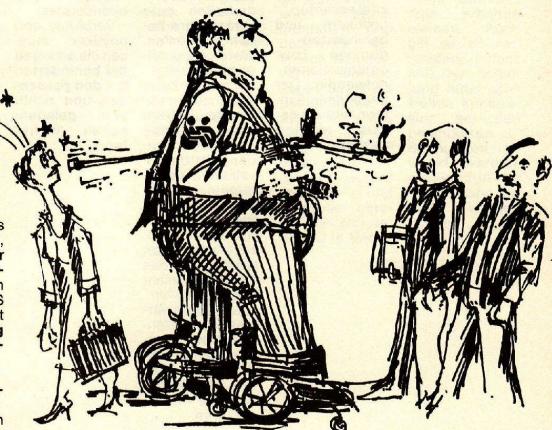
gelt werden. Die teilrevision der krankenversicherung ist im gang, die 2. säule ist abgeschlossen, die arbeitslosenversicherung wird ständig revidiert, die revision der EMV ist eingeleitet und bei der revision des IVG sträubt man sich. Es kann keine zeit mehr verloren gehen.

Dr. Hans Öster EVP Zürich:

wahrscheinlichkeit politisch nicht durchsetzbar, weil AHV und IV von ihrem historischen werdegang her eine art siamesische zwillinge sind.

Armand Forel PdA Nyon VD:

Meiner ansicht nach muss man AHV und IV endlich trennen, weil beide nichts miteinander zu tun haben.



Rücksichtsloser Behinderten-Lobbyist in den Wandelhallen des Bundeshauses (zu Frage 3)

3. Frage:

Am ende des jahres 1981, dem sog. jahr des behinderten, wurde im offiziellen AKBS 81 - manifest die schaffung einer eidgenössischen kommission für behindertenfragen (ähnlich den kommissionen für jugend-, für frauenfragen) postuliert. Bei den bundesbehörden wurde diese idee verschleppt, ja abgelehnt. Werden sie (ihre partei) sich in den räten für die schaffung

dieses offiziellen gremiums stark machen? Welche anderen wege und möglichkeiten der behinderzielle und soziale integration in frauenfragen. geselldiese schaft effizient ständige vorangebracht wird.

Herbert Dirren CVP Agarn/VS:

Die eidgenössische kommission für behinsehen sie, damit dertenfragen ist die interessen für mich ebenso wichtig wie dieten, ihre finan- jenigen der jugendund Im weiteren sind besprechungen zwischen politisch, sozial und wirtschaftlich interessierten politikern und behindertengruppen bzw. organisationen notwendig. Der gegenseitige informationsfluss muss aktiviert werden.

Dr. Hans Öster **EVP Zürich**:

Diese kommission gibt es längst! schon Sie heisst nur anders: In der AHV/IV-kommission sitzen doch vertreter von behinderten-organisationen. (Frl. Liniger zum beispiel). Ich bin im prinzip dafür, dass alle minderheiten gute bundesrates) ben sollen. Wenn man miteinander spricht. dann lernt man voneinander und lernt probleme heiten die des andern kennen. Ob die invaliden-anliegen in der bestehenden AHV/IV-kommission zu wenig vertreten werden, das kann ich nicht beurteilen. Wenn diese vertretung - offen-sichtlich - ungenügend ist, dann bin ich absolut dafür, dass sie verbessert wird.

Karl Weber FDP Schwyz:

Ja, als zentralpräsident der SAEB habe ich die eingabe über die schaffung einer eidg. kommission für stark behindertenfragen mitunterzeichnet. (Schaffung diegremiums ses ist nicht sache der eidg. räte, sondern des sprachrohre ha- - Verbände und politiker müssen die anliegen der behinderten bei den passenden und richtigen gelegenvertreten.

Dr. Paul Günter LdU Goldswil:

Die schaffung einer eidgenöskomsischen mission für behindertenfragen wird von mir unterstützt.

Karl Diener NA Wald:

Ich würde die schaffung einer kommission für behindertenfragen unterstützen. Diese kommission wäre im stande auch die proweiteren bleme der integration zu lösen, sofern mind, die hälfte der kommissionsmitalieder praktische betreuer von behinderten wären.

Armand Forel PdA Nyon:

Ja, ich bin für eine behinderten-kommission.

Dr. Ruth Mascarin POCH/BS:

Wir sind für die Wir werden uns Schaffung einer eidg. kommission für behindertenfragen. Die interessen der behinderten können dertenfragen aber am effektivsten von ihren selbsthilfeorganisationen durchgesetzt werden. Diese selbsthilfearuppen haben es den behinderten ermöglicht, aus privatheit ihrer herauszutreten und auf ihre rechte zu pochen. Daneben haben sie ganz enorme Aufklärungsarbeit geleistet. Von seiten der nichtbehinderten sollten endlich diejenigen massnahergriffen men werden, die sofort und ohne wesentlichen mehraufwand realisierbar sind: gemischte schulen, behindertengerechte wohnungen, gesicherte arbeitsplätze.

Alfred Neukomm SPS Bern:

weiterhin für die schaffung einer eidgenössischen kommission für behineinsetzen, aber heute bereits sind möglich direkte kontakte zwischen den behinderten-organisationen parlaund mentariern. Das dauernde gespräch ist unerlässlich, um anliegen direkt ins parlamentarische verfahren zu bringen. So habe ich beispielsweise immer wieder und impulse wertvolle anregungen von der ASKIO in Bern.

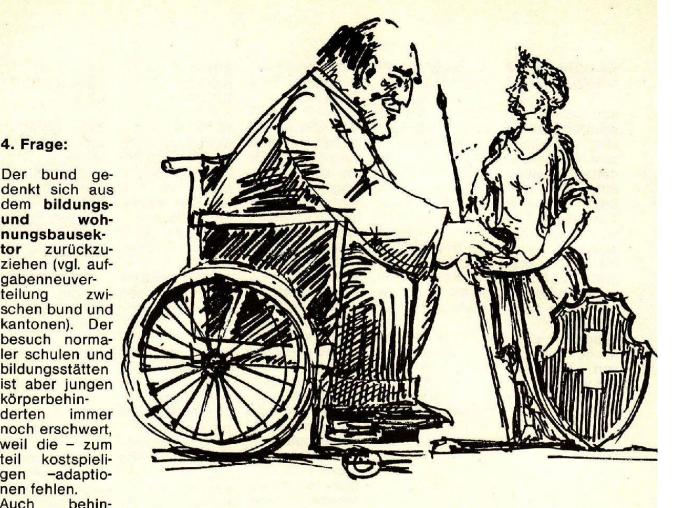
Dr. Ulrich **Gadient SVP** Chur:

Die schaffung einer eidg. kommission für behindertenfragen darf auf keinen fall zu einer zersplitterung der kräfte führen. Der heute vorhandene, wertvolle stützpunkt in der AHV/IVkommission sollte auf alle erhalten fälle bleiben. Auch gilt es zu vermeiden, dass mit der schaffung einer speziellen kommission bei den behinderten hoffnungen erweckt werden, die dann in der folge nicht erfüllt werden können.

4. Frage:

denkt sich aus dem bildungsund wohnungsbausektor zurückzuziehen (vgl. aufgabenneuverteilung zwischen bund und kantonen). Der besuch normaler schulen und bildungsstätten ist aber jungen körperbehinderten immer noch erschwert, weil die - zum kostspieliteil gen -adaptionen fehlen. Auch behindertengerechte privatwohnungen, klein-heime und wohngemeinschaften, in denen körperbehinderte preisgünstig leben können, sind selten oder überhaupt nicht vorhanden. Welche konkreten vorschläge werden sie und ihre partei unternehmen, damit der bund seinen auftrag in diesen bereichen weiterhin wahr-

nimmt?



Herbert Dirren CVP Agarn/VS:

Über die zusatzverbilligungen 1 und 2 des wohnund eigentumsförderungsgesetzes können bereits mögliche vergünstigungen für behindertenwohnungen erreicht werden. Ein rückzug des bundes aus dem wohnungsbaubilund dungssektor ist nicht angebracht. Bei der debatte über die aufgabenteilung werden wir uns vehement dagegen wehren. Die ungleichen finanziellen möglich-

Dr. Hans Öster **EVP Zürich:**

Ich - und auch meine fraktionskollegen - werden der frage besondere aufmerksamkeit ob schenken, notwendige leistungen vor allem an finanzschwächere bevölkerungsgruppen, die der bund bisher erbracht hat, und die bei der neuverteilung an und kantone gemeinden übergehen sollen, ob diese leistungen von den neuen trägern auch wirkübernomlich werden. men Vielleicht wird

Karl Weber FDP Schwyz:

Vorab geht es um die abgrenzung zwischen heimen für behinderte gemäss art. 73 ff IVG und dem wohsozialen nungsbau. Heime für behinderte: bund und kantone zahlen respektable beiträge an diese bauten. Wohnungsbau gemäss WEG: hier bieten sich ebenfalls vormögteilhafte lichkeiten, behinderte geniessen ebenfalls mietzins-zuschüsse von ca. 40 %.

Dr. Paul Günter LdU Goldswil:

Ich glaube, dass der bund in diesem sektor vor allem normativ tätig sein sollte. Die ausführung wird so oder so kantonen den überlassen bleiben (politisch ist leider kaum eine andere lösung denkbar). Es verbleibt daher, dass der bund möglichst genaue richtlinien erlässt unter denen er seine subventionen spricht.

Helvetia, von Behindertem dankbar ein Almosen entgegennehmend (zu Frage 4)

Karl Diener NA Wald:

Ich bin im prinzip für eine neuordnung der aufgaben zwischen bund und kantonen. Mir scheint. dass die künftige IVgesetzgebung den rahmen für das kantonale engagement in den bereichen bildung. wohnen und arbeiten der behinderten abstecken sollte. Konkrete vorstösse liegen bei mir nicht bereit.

Armand Forel PdA Nyon:

Natürlich müs-

sen wir mit postulaten und motionen den bund auf seine spezifische aufgabe gegenüber den behinderten aufmerksam machen. Vorrangig muss aber dafür gekämpft werden, dass der bund endlich alle behinderten erfasst. Denn man kennt ja nur die behinderten. die eine rente bekommen. Solche die behindert sind und arbeiten können, werden ja gar nicht als behinderte er-

Dr. Ruth Mascarin POCH/BS:

Unser postulat, der Bund solle sich nicht aus dem wohnungssektor zurückziehen, ist eingereicht. In verschiedenen kantonen sind wir wegen schul-und lehrstelleneinrichtungen, die behindertengerecht sind, vorgestossen. Der kampf gegen die sozialabbauer der regierungskoalition ist hier besonders zäh, weil die betroffenen behinderten ja keine lobby haben, und im gegensatz zu den AHV-rentnern in

Alfred Neukomm SPS Bern:

Bei der aufgabenneuverteilung wehren wir uns vehement gegen dieses vorhaben des bundesrates: Der bund darf sich auf keinen fall aus dem bildungs- und wohnungsbausekzurücktor ziehen! In manchem kanton würde sonst nichts oder wenig geschehen, ungleichdie heiten wären unsozial und widersprächen solidaridem tätsgedanken.

Dr. Ulrich Gadient SVP Chur:

Bei der aufgabenteilung darf nicht vergessen werden, dass es auch in zukunft viele aufgaben geben wird, die nur gemeinsam von bund und kantonen erfüllt werden können. Auch darf die verbesserung der wirtschaftlichkeit der bundesstaatlichen aufgabenerfüllung nicht ein-fach leistungsabwälzung auf die untere stufe bedeuten. Die erhaltung des leistungsniveaus bleibt zentrales anlie-

Herbert Dirren CVP Agarn/VS:

keiten der kantone ziehen eine regionale ungleiche behandlung für die betroffenen nach sich.

Dr. Hans Öster EVP Zürich:

man für manche fragen konkordate abschliessen müssen, wie sie an vielen orten schon gut funktionieren. (Oster zur frage, ob behinderte in normalschulen vermehrt integriert werden müssen): Ich finde das völlig richtig. Man kann der ghettoisierung der alten, der invaliden, der ausländer in unserer gesellschaft nicht genug entgegenwirken. Wir haben diesbezüglich als politiker in den letzten jahren viel gelernt, und noch viel zu lernen.

Armand Forel PdA Nyon VD:

fasst. Ausserdem sollten in der verwaltung. vor allem auch in der bundesverwaltung und bundesbahn vermehrt behinderte eingestellt werden. wie das bei der PTT schon vorbildlich geschieht.

Dr. Ruth Mascarin POCH/BS:

den augen mancher politiker für wahlen und abstimmungen «uninteressant» sind.

Dr. Ulrich Gadient SVP Chur GR:

gen. Wir haben deshalb in den ständerätlichen verhandlungen auch im bildungsund wohnungsbausektor anträge eingebracht, um mindestens mit übergangslösungen einen leistungsabbau zu vermeiden. Leider sind diese anträge nur zum teil angenommen wor-Unsere den. diesbezüglichen anstrengungen werden im parlamentarischen verfahren

5. Frage:

In anderen europäischen ländern (besonders der Bundesrepublik Deutschland) kommen die langfristigen dienste von sog. zivildienstleistenden vor allem auch körperlich behinderten menschen zugute. Bei uns in der Schweiz sieht ein kürzlich publik ge-wordener kompromissvorschlag zum zivildienst vor, dass ein ersatzdienst



Zivildienstleistender, behinderten Oberst auf Waffenplatzsuche begleitend (zu Frage 5)

auf der grundlage des tatbeweises geschaffen werden soll. der doppelt so lange als alle militärdienste eines schweizerbürgers dauern soll. Werden sie (ihre parteikollegen/ innen) solche argumentationen mit in betracht ziehen. in der kommenden NR-session über die zivildienst-initiative abgestimmt wird?

Herbert Dirren CVP Agarn VS:

Die nationalrätliche kommission behandelt diese materie demnächst und wir wissen noch nicht welche lösung getroffen wird. Den behinderten ist man zwar bei der revision des militärpflichtersatteilweise entaegengekommen aber verbesserungen sind auch hier noch möglich. Der einbezug von behinderten in den militärdienst muss ob zivil-dienst ja oder nein, eingehend geprüft werden. Ich habe ein über postulat die differenzierte tauglichkeit und ausbildung eingereicht und bin gespannt wie die antwort des bundesrates hiezu ausfällt.

Dr. Hans Öster EVP Zürich:

Die EVP hat beschlossen, dass sie sich für die hängige zivildienst-initiative entscheiden würde, wenn kein überzeugender gegenvorschlag kommt. In der zwischenzeit ist ein gegenvorschlag erarbeitet worden, und zwar unter führung des schweizerischen evangelischen kirchenbundes. Federführend beim kirchenbund ist Heiner Studer, welcher der frühere zentralsekretär und heutige vicepräsident der EVP ist. Mit anderen worten: der oben genannte gegenvorschlag, von dem ich hoffe, dass er im rat akzeptiert wird, ist unter ganz wesentlicher mitarbeit von unserer seite zustandegekommen. Ich werde diesem gegenvorschlag zustimmen, weil ich finde, dass das zivildienstproblem nun endlich auf anständige weise gelöst werden

Karl Weber FDP Schwyz:

Meinerseits sehe ich nur einen zivildienst im rahmen der gesamtverteidigung, dienstverweigerer aus religiösen und ethischen gründen könnten allenfalls für die der betreuung körperlich behinderten eingesetzt werden; anderer verweigerer möchte ich den behinderten ersparen!

Dr. Paul Günter LdU Goldswil:

Die LdU-fraktion hat einen gegenvorschlag zur zivildienstinitiative beschlossen, den ich in der kommission eingereicht habe. Dies aus der überlegung heraus, dass die initiative möglicherweise scheitern könnte. Unsere fraktion ist der überzeugung, dass das zivildienstproblem nun unbedingt gelöst werden muss. Persönlich bin ich überzeugt, dass der von ihnen gemachte vorschlag einen wertvollen beidarstellt, trag der hilft die gewichte zugunsten der zivildienstinitiative oder zumindest eines gegenvorschlages zu verschieben.

muss.

Karl Diener NA Wald:

Die nationale aktion NA bekennt sich zur aufrechterhaltung der allgemeinen wehrpflicht, gemäss unserem politischen programm 1983-1987. Der einsatz von militärdienst-befreiten personen und von frauen zugunsten körperlich behinderten ist wünschenswert. Warum nicht einen solchen sozialdienst zur abgeltung der militärsteuer einführen!!

Armand Forel PdA Nyon:

Wir haben beschlossen, dass wir dieser zivildienst-initiative zustimmen werden. Allerdings ist mein persönlicher eindruck, dass ein hoher prozentsatz der militärdienstverweigerer gar keinen ersatzdienst leisten will. Darum ist die lösung der zivildienstfrage sehr kompliziert; aber generell bin ich und meine parteifreunde für diese zivildienstinitiative.

Dr. Ruth Mascarin POCH/BS:

Ja unbedingt.

Alfred Neukomm SPS Bern:

Wir werden uns die zivilfür dienstinitiative oder ev. für den neuen gegenvorschlag einsetzen und dafür kämpfen, dass die langfristigen dienste den körperlich behinderten menschen zugute kommen.

Dr. Ulrich Gadient SVP Chur:

Bevor die frage der ausgestaltung eines ersatzdienstes den zelheiten diskutiert werden kann, muss natürlich das grundsätzliche problem der zivildienstleistung geregelt sein. Wenn es gelingt, selbe einer lösung zuzuführen, können die von ihnen erwähnten argumente sicher auch in betracht gezogen werden.

Als ich alle antworten der national- und ständeratskandidaten durchgelesen hatte, da sagte ich mir. «Ist das nicht alles **zu** schön, um wahr zu sein.»

Ich will den teufel zwar nicht an die wand malen, aber die sozialen fragen, und speziell die behinderten-problematik, wird auch in der nächsten legislatur stiefmütterlich behandelt werden. Sachzwänge und andere 'noch viel brennendere' fragen werden die tagespolitik bestimmen.

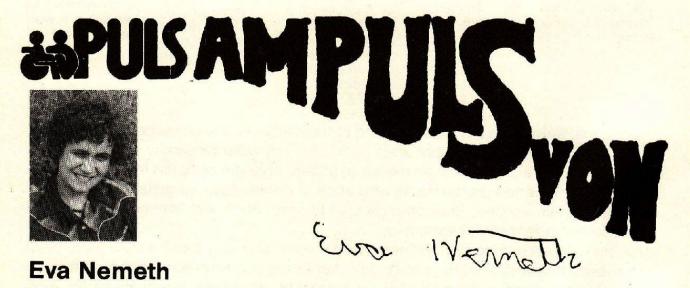
Nur ein beispiel aus der letzten periode. Als es im sommer 1980 darum ging, beim sparpaket die bundesbeiträge an die krankenkasse von einer neuerlichen **zehnprozentigen kürzung** auszunehmen, da stimmten ganze 54 nationalräte für eine soziale krankenversicherung (unter ihnen die oben befragten: Neukomm (SPS), Forel (PdA), Herczog und Mascarin (POCH) und Günter (LdU). Dagegen stimmte die grosse mehrheit von 112 nationalräten (unter ihnen Weber (FDP) und Öster (EVP)).

Dass eine relativ hohe anzahl von nämlich 33 nationalräten bei dieser wichtigen abstimmung fehlte, das wirft auch kein besonders gutes licht auf das soziale engagement vieler herren und damen in den räten.

Ein anderes beispiel zeichnet sich in diesen tagen bereits ab: die antworten der von PULS befragten politiker im bezug auf die zivildienstproblematik sind - mit ausnahme der FDPund NA-vertreter — durchaus positiv. Dass solche versprechungen nicht viel, ja gar nichts zu bedeuten haben, zeigt der entscheid der «nationalratskommission für einen echten zivildienst» vom freitag, den 26. august 83: dort konnte sich die knappe mehrheit von 9:8 "durchsetzen", die dem nationalrat folgende version zur abstimmung vorschlagen wird: «Vom militärdienst soll befreit werden, wer erklärt, die militärische erfüllung der wehrpflicht mit seinem gewissen nicht vereinbaren zu können, und zum beweis dessen bereit ist, zivildienst zu leisten, der doppelt so lange wie die verweigerten militärischen dienste ist. Dieser zivildienst soll tätigkeiten im rahmen der gesamtverteidigung umfassen». Es ist kein einfacher versprecher, dass die kommission den ausdruck «ersatzdienst für allgemeine bundeszwecke», wie er im initiativtext verwendet wird, gestrichen hat, und dafür sagt: «tätigkeiten im rahmen der gesamtverteidigung». Solcher ersatzdienst kann somit wenn er eingeführt würde - wieder nicht den behinderten zugutekommen; es sei denn, man interpretiert in zukunft den ausdruck gesamtverteidigung so, dass damit die rechte von randgruppen «verteidigt» werden.

Sehe ich zu schwarz? Kommen jetzt doch die sieben fetten jahre? Der mensch hofft, solange er lebt, sagt der lateiner. Und so sind auch wir mit unserem latein – vorläufig – am ende.

Wolfgang Suttner, unterstützt von Thomas Bickel und Hans Witschi.



Zürich hauptbahnhof, mit tram nummer 3 oder 14 bis Stauffacher, vis à vis der st. jakobskirche, im behindertenwerk st. jakob, mit dem lift in den 2. stock, dann rechts, da ist Eva zu suchen, meist auch zu finden. Eva lässt mich in ihr kleines zimmer eintreten und dreht mit ihrem elektro eine runde, damit wir uns beim gespräch auch gegenübersitzen können.

Ich schau' mich im zimmer um, das ein klein wenig an einen souvenirladen erinnert: Eva sammelt kleine fläschchen mit scharfen wässerchen aus der ganzen welt, und